

Leitlinie zur Patientenverfügung

September 2009

Umgang mit Patientenverfügungen im Klinikum Stuttgart

Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein verfassungsrechtlich verankertes Kernelement der Menschenwürde. Mit einer Patientenverfügung können aktuell nicht mehr entscheidungsfähige Patienten Einfluss auf die ärztliche Behandlung nehmen und damit ihr Selbstbestimmungsrecht wahren. Das Gesetz, das die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen festlegt, ist seit dem 1. September 2009 in Kraft. Somit ist es Pflicht unseres Hauses, Willensäußerungen im Sinn einer Patientenverfügung zu respektieren.

1. Alle Ärzte haben die Pflicht sich über das Gesetz, welches die Verbindlichkeit der Patientenverfügung regelt, zu informieren. Dieses Gesetz ist im Bürgerlichen Gesetzbuch unter § 1901a niedergelegt. Sowohl Gesetz als auch Interpretation durch den Deutschen Bundestag können im Intranet unter dem Stichwort "Patientenverfügung - Gesetzestext" abgerufen werden.
2. Eine Patientenverfügung kommt zur Anwendung, wenn der Patient seine Entscheidungsfähigkeit verloren hat. Der vorausverfügte Wille muss berücksichtigt werden, wenn er auf die vorliegende medizinische Situation zutrifft und es keine hinreichend konkreten Hinweise auf eine Meinungsänderung gibt. Obwohl es für die Verbindlichkeit einer Patientenverfügung nicht zwingend erforderlich ist, erscheint eine regelmäßige Aktualisierung sinnvoll. Eine notarielle Beglaubigung ist nicht erforderlich.
3. Der Patient ist an seine Patientenverfügung nicht gebunden. Er kann sie, soweit er einwilligungsfähig ist, jederzeit auch mündlich vor und während einer Behandlung formlos widerrufen.
4. Wenn keine Patientenverfügung vorliegt oder die Verfügung nicht auf die aktuelle medizinische Situation zutrifft, muss der behandelnde Arzt versuchen, aus früher geäußerten Werthaltungen und Lebenseinstellungen des Patienten den mutmaßlichen Patientenwillen zu ermitteln und danach zu entscheiden. Hierbei können Gespräche mit den Angehörigen, dem Hausarzt oder anderen Vertrauenspersonen hilfreich sein.
5. Liegt keine Patientenverfügung vor und lässt sich kein mutmaßlicher Wille rekonstruieren, muss man bei der Entscheidung auf allgemeine Wertvorstellungen zurückgreifen und sich am „objektiven Wohl“ des Patienten orientieren.
6. Bei fehlender Einwilligungsfähigkeit eines Patienten muss entweder ein Bevollmächtigter oder ein Betreuer stellvertretend die Interessen des Patienten wahrnehmen. Bevollmächtigter und Betreuer sind in ihre Entscheidungen an den voraus erklärten (Patientenverfügung) und mutmaßlichen Patientenwillen gebunden.
7. In besonders schwierigen Entscheidungssituationen und insbesondere in Konfliktfällen kann eine Beratung durch das klinische Ethik-Komitee in Anspruch genommen werden.

Kontakt: Geschäftsstelle des Klinischen Ethik-Komitees Klinikum Stuttgart, Sonja Schmid, Referentin des Klinischen Direktors, Tel. 0711/278-32025, Fax. 0711/278-407062, E-Mail: so.schmid@klinikum-stuttgart.de